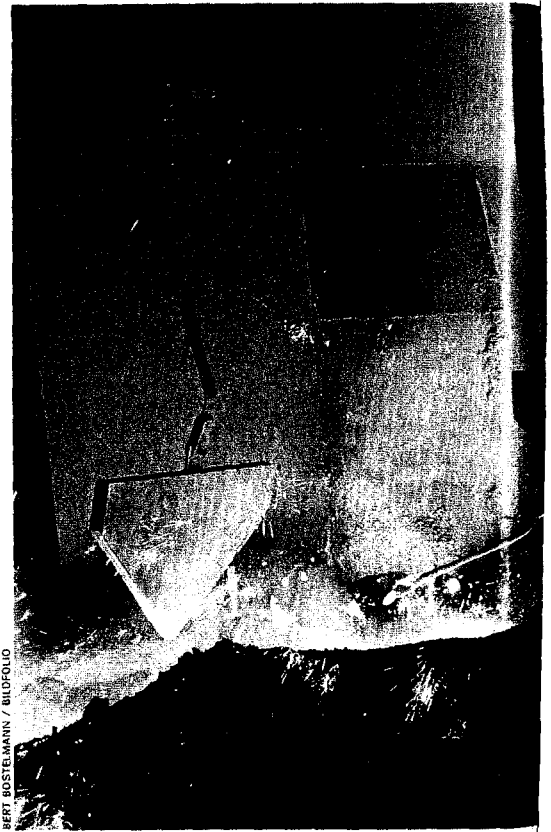


Lastesel der Nation

Der Staat drückt die Kosten seiner überforderten Wohlfahrtssysteme einseitig den Beschäftigten auf. Längst hat sich die Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Abgaben zum Konjunkturkiller entwickelt: Es lohnt sich immer weniger, zu arbeiten – und zu investieren.



Aktienhändler (in Frankfurt am Main), Arbeitnehmer (im Stahlwerk Neue Maxhütte im bayerischen Sulzbach-Rosenberg): Beschäftigte werden

Es sind Geschichten wie diese, die in zwischen selbst hartnäckigste Verfechter des Wohlfahrtsstaates ins Grübeln bringen. Und die das weit verbreitete Gefühl verstärken, irgendetwas laufe schrecklich schief in diesem Land.

Früher arbeiteten Bärbel und Dieter Thomala in vermögenden Familien als Hausmeisterehepaar: Sie putzten die Wohnung, reparierten defekte Schlösser, organisierten Familienfeiern. Solche Stellen sind heute rar – die hohen Lohnnebenkosten schrecken mögliche Arbeitgeber ab. Die Arbeit gibt es zwar immer noch – aber sie wird schwarz erledigt.

Die Thomalas fanden keinen Job mehr, zuletzt bekamen sie Arbeitslosenhilfe, zusammen rund 1550 Euro im Monat.

Begeistert griff Bärbel Thomala deshalb zu, als ihr das Arbeitsamt eine ABM-Stelle in einer Sozialeinrichtung anbot. Endlich hatte sie wieder das Gefühl, „wirklich gebraucht zu werden“.

Die Begeisterung währte nur kurz – bis sie die ersten Kontoauszüge in den Händen hielt. Da musste sie erkennen, dass ihr die acht Stunden Plackerei am Tag gar nichts einbrachten. Im Gegenteil: Sie zahlte sogar drauf.

So verdiente die Frau mit ihrem Job zwar 108 Euro netto mehr als zuvor. Aber ihrem Mann wurden dafür 283,80 Euro von der Arbeitslosenhilfe abgezogen, weil es weniger Stütze gibt, wenn der Lebensgefährte ein Arbeitseinkommen bezieht. Die Thomalas hatten deshalb monatlich 176 Euro weniger auf dem Konto.

Inzwischen hat sich das zwar geändert, weil Ehemann Dieter ebenfalls eine Beschäftigung gefunden hat. Aber das Prinzip will der Frau noch immer nicht einleuchten. „Das kann man doch niemandem erklären“, schimpft sie. „Weil ich arbeite, habe ich weniger Geld als vorher.“ Wer arbeitet, wird bestraft, wer faulenz, belohnt.

Ein Extremfall? Gewiss. Aber doch nicht weit von der Normalität im Deutschland des Jahres 2003 entfernt: von den Menschen, die von staatlicher Stütze und Sozialhilfe besser leben als von geregelter Arbeit. Von der großen Masse, die – über Gebühr mit Steuern und Abgaben belastet das Gefühl nicht loswird: Wer arbeitet, ist der Dumme.

In den vergangenen Jahren, so zeigt die jüngste Analyse des Steuerzahlerbundes, ist die Abgabenbelastung beinahe pausenlos gestiegen. So nimmt der Staat einem Arbeitnehmer in diesem Jahr durchschnittlich gut 44 Prozent seiner Brutto-Lohnkosten als Steuern und Sozialabgaben ab – fast doppelt so viel wie im Jahr 1960. Werden so genannte indirekte Steuern wie Mehrwert- oder ökosteuer noch addiert, liegt die Belastung sogar bei über 52 Prozent.

Nur hochproduktive Jobs können die Abgaben, die auf ihnen lasten, erwirt-

schaften. Viele Arbeitsplätze entstehen erst gar nicht, bestehende werden zunehmend unwirtschaftlich für die Betriebe, die sie schließlich wegrationalisieren, oder uninteressant für die Beschäftigten, weil denen netto kaum mehr bleibt, als ihnen die Sozialhilfe bringt. Immer mehr Arbeitnehmer flüchten lieber in Schwarzarbeit oder Scheinselbstständigkeit, als einen Großteil ihres Verdienstes an Fiskus und Sozialkassen abzuliefern.

Alle Experten sind sich einig: In der Belastung seiner Bürger und deren Arbeit

b Weil Steuern und Sozialbeiträge steigen, werden immer weniger Beschäftigte eingestellt. Das wiederum steigert die Abgabenlast der verbliebenen Arbeitnehmer, die immer mehr ihrer Ex-Kollegen alimentieren müssen. Länder wie die USA, Finnland oder Kanada schaffen dreimal so viel Jobs wie Deutschland, dafür liegen die Abgabenquoten dieser Nationen um bis zu 20 Prozentpunkte niedriger.

b Viele Bezieher von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bekommen fast dasselbe Net-

der Staat hier zu Lande von jedem verdienten Euro über 51 Cent abzweigt, sind es in den übrigen Industrieländern im Schnitt nur 36 Cent. Der Abstand zu wichtigen Wettbewerbsnationen wie den USA oder Großbritannien ist sogar noch größer. Für die Unternehmen lohnt es sich deshalb wie in kaum einer anderen Nation der industrialisierten Welt, in Maschinen statt in neue Arbeitsplätze zu investieren.

Die Entwicklung nimmt die Arbeitnehmer gleich von zwei Seiten



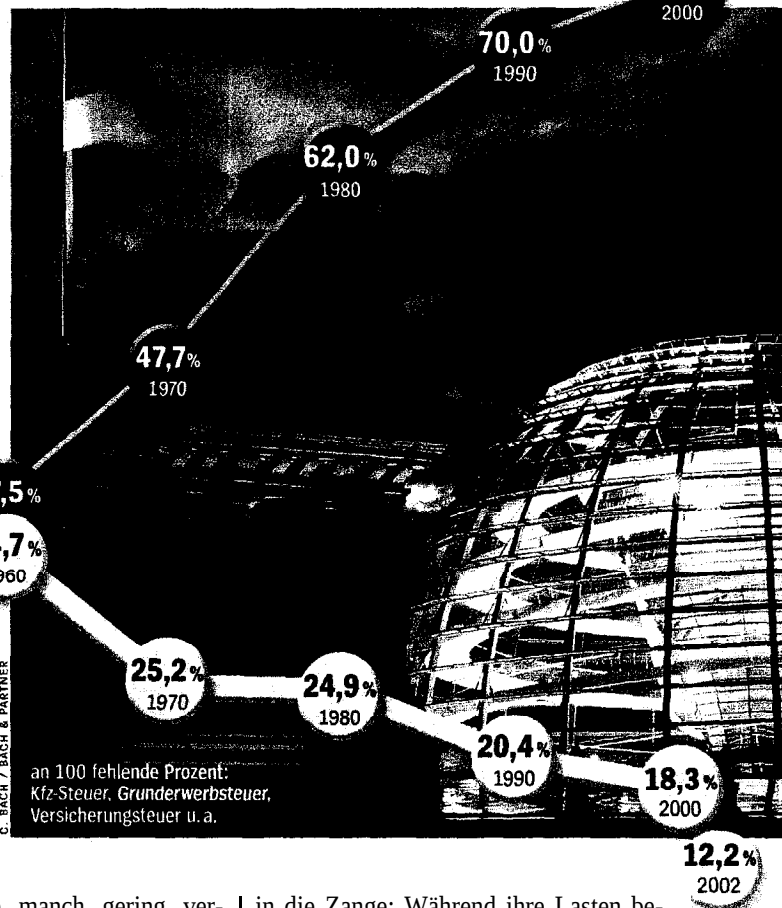
Gefährliche Schlagseite

Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland, Anteil am Gesamtsteueraufkommen

STEUERN AUF ARBEIT UND VERBRAUCH
Lohnsteuer, Umsatz- und Verbrauchsteuern, Mineralölsteuer

**GEWINN-
STEUERN**
Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Zinsabschlag

Quelle: WSI, Hans Böckler-Stiftung



geschröpft, Kapitalbesitzer verschont

liegt die Ursache für das „schwache Beschäftigungswachstum“, von der die OECD in ihrem jüngsten Deutschland-Bericht spricht, und für die „Besorgnis erregende Wachstumsschwäche“, die der amerikanische Notenbankpräsident Alan Greenspan Deutschland attestiert.

Diese Einsicht teilen inzwischen auch Regierung und Opposition. Die rot-grüne Koalition will die Strukturprobleme mit der Agenda 2010 angehen. Das Vorziehen der Steuerreform soll die Bürger zudem direkt entlasten. CDU und CSU ringen noch mit sich, wie weit sie Kanzler Gerhard Schröder bei diesen Vorhaben unterstützen sollen.

Ein wochenlanges Gefilsche und Gewürge steht dem Land bevor. Was auch immer am Ende herauskommt: Es reicht bei weitem nicht aus. Zu groß sind die Probleme, zu tief greifend die Fehlentwicklungen, die sich gegenseitig noch verstärken:

toeinkommen wie manch gering verdienende Arbeitnehmer, ohne dass sie dafür irgendeine Gegenleistung erbringen müssten. Ein wachsender Bevölkerungsteil verabschiedet sich deshalb völlig aus dem Erwerbsleben. Allein unter den Älteren liegt die Arbeitslosenquote mittlerweile bei über 14 Prozent, dem höchsten Wert aller Industrieländer.

b Die Abgaben für die Reichen und Superreichen hegen deutlich unter dem Niveau vergleichbarer Länder. Die Steuern auf Immobilien und Erbschaften machen in der Bundesrepublik gerade mal 34 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus, in Frankreich und Großbritannien ist dieser Anteil knapp viermal so hoch. Den Nachteil haben die Lohnsteuerzahler, die einen wachsenden Anteil der Staatsausgaben aufbringen müssen.

b Kaum ein anderes Land finanziert seine Sozialsysteme so einseitig über den Faktor Arbeit wie Deutschland. Während

in die Zange: Während ihre Lasten beständig steigen, lebt ein wachsendes Heer von Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auf ihre Kosten. Zugleich entziehen sich die Reichen, die Kapital- und Immobilienbesitzer, immer stärker der Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Was an dieser Form des Sozialstaats noch sozial sein soll, ist vielen Beschäftigten mittlerweile ein Rätsel. Von der staatlichen Fürsorge bis zur gesetzlichen Unfallversicherung -was einst erfunden wurde, um den ausgebeuteten Massen der Lohnabhängigen Schutz und Sicherheit zu schaffen, erweist sich heute als Instrument, gerade sie zu schröpfen.

Es wird noch schlimmer: Wenn die Prognosen der Ökonomen stimmen, wird die älter werdende Bevölkerung die Sozialbeiträge in den nächsten drei Jahrzehnten drastisch nach oben treiben. Ohne Strukturformen werden die Sätze allein für die Renten-, Kranken- und Pflegeversiche-



NORBERT MICHALKE

Trotz Arbeit weniger Geld

Bärbel und Dieter Thumala waren beide ohne Job und lebten von zusammen rund 1550 Euro Arbeitslosengeld, als die Frau endlich die ersehnte ABM-Stelle erhielt. Doch dann kamen die ersten Verdienstbescheinigungen – und mit ihnen der Frust: Die Frau erhielt zwar 108 Euro mehr im Monat als zuvor. Von ihrem Lohn aber wurden ihrem Ehemann 283,80 Euro auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet – zusammen hatten sie 176 Euro weniger auf dem Konto. Frau Thumala: "Weil ich arbeite, bekomme ich weniger Geld."



NORBERT ENKER

runge bis zum Jahr 2030 auf bis zu 52 Prozent des Bruttolohns (derzeit 35,5 Prozent) steigen. Die Folgen liegen auf der Hand: Wer heute 30 ist, muss sich darauf einstellen, am Ende seines Erwerbslebens rund drei Viertel seines Einkommens an Steuern und Beiträgen zu zahlen.

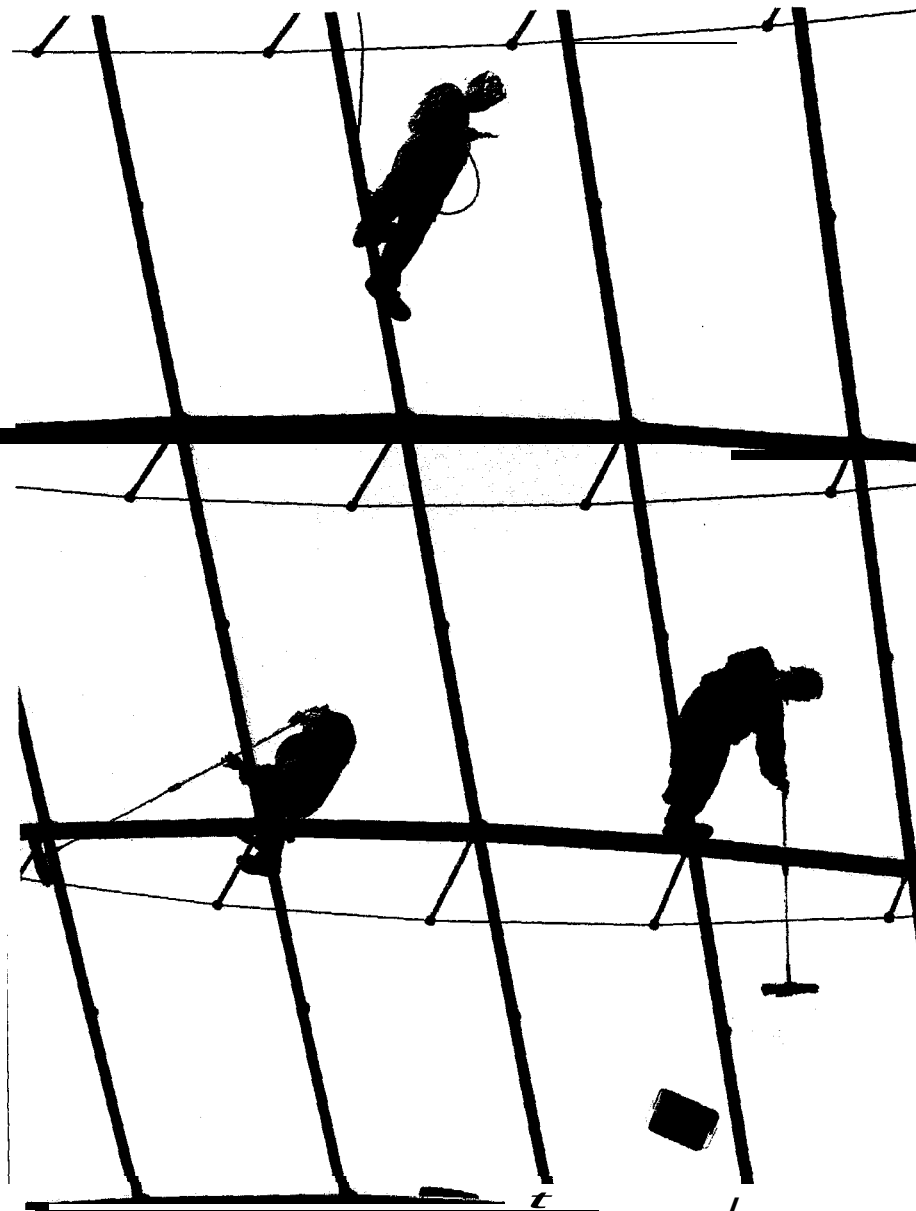
Dabei lähmt die Abgabenfalle die Wirtschaft schon heute, wie sich derzeit an Tausenden Betrieben studieren lässt: Manche gehen Pleite, viele investieren nicht mehr, die meisten bauen Personal ab. Und die Stimmung ist mies, bei Arbeitgebern wie Beschäftigten.

Zum Beispiel beim Nürnberger Gebäudetechnik-unternehmen Brochier. Der 480-Mitarbeiter-Betrieb hat seinen Sitz in einem tristen Gewerbegebiet zwischen Autowerkstätten und Squash-Centern. Ein Rolltor versperrt den Weg zur Firmenzentrale, die Teppichböden haben die Farbe eines verregneten Novembemittags, für Frischluft sorgen meterhohe Standventilatoren.

Eine Klimaanlage für die Büros? Nicht drin, sagt der Chef des Klimatechnik-Betriebs Alexander Brochier „dazu gehen die Geschäfte viel zu schlecht“. Die mittelständischen Betriebe der Umgebung haben schlicht kein Geld für neue Heiz- oder Lüftungstechnik. Die Industrie investiert nur noch, wenn sie damit Arbeitsplätze einsparen kann. Und die Privatkunden lassen ihre Brennkessel lieber schwarz einbauen.

Das Hauptproblem des Unternehmers aber sind die Konkurrenten aus Osteuropa. Immer häufiger heimsen Firmen mit billigen Arbeitskräften aus Polen, Tschechien oder Rumänien die Aufträge* ein, beobachtet der Unternehmer. „Für deutsche Installateure wird es bald keine Jobs mehr geben.“

Weniger die direkten Löhne sind dabei das Problem als vielmehr die zahlreichen



ETEINER/SS'NER / ACTION PRESS

Reinigungskräfte (in Berlin): Neue Jobs hat vornehmlich die Schattenwirtschaft zu bieten



Keinen Job angenommen

Die Düsseldorferin Karin Schaffrin 36, arbeitete zuletzt als Callcenter-Agentin bei einem Telefondienstleister. Dort verdiente Sie 2303,37 Euro brutto und 1449,50 netto. Im Dezember 2002 wurde ihr gekündigt. Seitdem überweist ihr das Arbeitsamt 943 Euro monatlich. Natürlich will Karin Schaffrin wieder arbeiten. Mehr als 200-mal hat sie sich beworben. Es hagelte Absagen. Der bestdotierte Job, der ihr angeboten wurde, hätte 1400 Euro brutto im Monat eingebracht - bei Vollzeit und im Schichtdienst. Abzüglich aller Steuern und Abgaben wären ihr bei diesem Angebot nur rund 800 Euro netto zuzüglich Kindergeld geblieben. "Da fängt man irgendwann schon an zu resignieren", sagt Schaffrin. Sie hat daher keinen einzigen der offerierten Jobs angenommen.



Nur 13 Euro mehr

Der gelernte Einzelhandelskaufmann Frank Neuhaus, 30, arbeitet in einem Dortmunder Lagerbetrieb für Autozubehör, für 1478 Euro brutto im Monat. Netto bleiben ihm 1163 Euro. Als der Familienvater einmal kurzzeitig ohne Job war, bekam er 1150 Euro Arbeitslosengeld. "Es ist schon skurril, dass man für 13 Euro mehr im Monat fünf Tage die Woche von früh bis spät arbeiten geht", sagt Neuhaus.

Zusatzkosten, mit denen der Staat die Verdienste verteuert. Zum Beispiel bei Jürgen Fleischmann, einem von Brochiers Vorarbeitern. Der gelernte Stahlbaumeister verdient samt Zulagen 2500 Euro im Monat.

Für das Unternehmen ist das jedoch nur ein Teil des Aufwands. Hinzu kommen die Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung (247 Euro), zur Pflegeversicherung (22 Euro), zur Krankenversicherung (189 Euro), zur Arbeitslosenversicherung (82 Euro) sowie zur Unfallversicherung (89 Euro). Insgesamt kostet Brochier der Einsatz seines Obermonteurs fast 3200 Euro im Monat.

Bei Fleischmann selbst kommt davon wiederum nur ein Bruchteil an. Was ihm das Unternehmen an Bruttoverdienst ausweist, schmälern Lohnsteuer (189 Euro) sowie Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung (540 Euro). Von den gesamten Arbeitskosten von 3200 Euro bleiben dem Vorarbeiter so gerade einmal 1800 Euro in der Tasche.

„Der Arbeiter ist der Depp, der alles bezahlen muss“, schimpft der Familienvater.

Es lohnt sich nicht mehr, zu arbeiten, es lohnt sich nicht mehr, zu investieren - wie Mehltau hegt diese Stimmung über dem Land und seiner Wirtschaft.

Zwar gibt es diesen so genannten Abgabenkeil nicht nur in Deutschland. Ob in Frankreich, den Niederlanden oder Großbritannien: Überall hat der Staat den Faktor Arbeit mit Steuern belegt, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Doch in kaum einem anderen Land hat die Differenz zwischen Brutto und Netto solche Ausmaße erreicht. Die Lohnnebenkosten, urteilt der Wirtschaftsweisen und Regierungsberater Bert Rürup, seien zur „Achillesferse des deutschen Arbeitsmarkts“ geworden.

Nichts hat die Abgabenspirale dabei so in Gang gebracht wie der Hunger des Staates nach immer neuen Aufgaben. Noch in

den fünfziger Jahren, als die Republik ihren Aufstieg aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs startete, gingen nicht einmal 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts durch die öffentlichen Kassen.

Ludwig Erhard, der Vater des Wirtschaftswunders, war sogar überzeugt, dass der Anteil langfristig abnehmen kann. „Da mit einem tendenziell steigenden Einkommen und einem immer höheren Lebensstandard zu rechnen ist“, meinte der Ökonom, sei es „unter sozialen Gesichtspunkten zumutbar“, das Individuum „stärker in die Verantwortung zu stellen“.

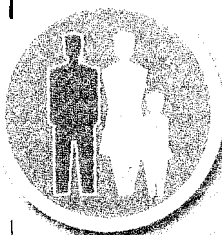
Wohl selten hat sich Erhard so verschätzt wie mit dieser Prognose. Kaum hatte die Ökonomie Tritt gefasst, da begann im Gegenteil der unaufhaltsame Aufstieg der öffentlichen Wirtschaft: Nicht nur Straßen, Schulen und Universitäten wurden gebaut. Bald wetteiferten die Politiker auch bei dem fragwürdigen Versuch, immer mehr Wirtschaftszweige beinahe wahllos mit

Subventionen und staatlichen Hilfszahlungen zu überschütten: von der Werftindustrie bis zur Medienbranche.

Vor allem aber bauten sie parteiübergreifend die Sozialversicherungen zu umfassenden Vollkasko-Systemen aus, die vom Babyjahr in der Rente bis zum Sterbegeld in der Krankenversicherung für praktisch sämtliche Lebensrisiken aufkommen sollten.

In der Folge kletterte die so genannte Staatsquote, die den Anteil öffentlicher Ausgaben an der gesamten Wirtschaftsleistung misst, auf den historischen Rekordwert von fast 50 Prozent. Die Rechnung ging an die Bürger, die das unaufhörlich anschwellende Paket staatlicher Vergünstigungen und Geschenke mit steigenden Steuern und Abgaben bezahlen mussten.

Das allein hätte die Arbeitnehmer schon kräftig belastet. Noch fataler aber wirkte, dass der Staat seinen Bedarf bevorzugt mit ihrer Hilfe deckte. Eigentlich, so sehen es



Beispiel:
Niedrigverdiener
Alleinverdiener,
verheiratet, 1 Kind
Bruttolohn: 1500 €

Nettolohn einschl. Kindergeld

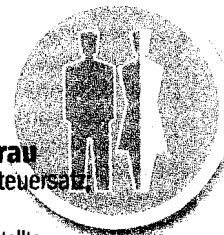
1339 €

zum Vergleich **Sozialhilfe**

1318 €

722 € Regelsatz	405 € Kaltmiete	66 125 € €
Heizkosten einmalige Leistungen		

Wozu arbeiten?



Beispiel:
Berufstätige Ehefrau
Ehemann mit Spitzensteuersatz
Halbtagsstelle als
kaufmännische Angestellte

Bruttolohn 1250 €

Abzüge

Sozialbeiträge 2636

Einkommensteuer 5646

Solidaritätszuschlag 31€

Kirchensteuer „...“ 51€

Netto 341€

„Riesiges Potenzial“

Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, 73, über steuerliche Förderung von Haushaltsjobs

SPIEGEL: Viele Arbeitsmarktexperten wollen im Kampf gegen die Schwarzarbeit Dienstleistungen im Privathaushalt steuerlich fördern. Was halten Sie davon?

Biedenkopf: Ich habe das schon vor 15 Jahren propagiert. In den Haushalten gibt es ein riesiges Beschäftigungspotenzial. Viele Familien suchen händeringend Hilfe, weil sie entweder Kinder betreuen oder ältere Angehörige pflegen müssen. Heute wird so etwas, wenn überhaupt, schwarz erledigt. Man könnte solche Tätigkeiten aber in die Legalität fuhren, wenn Haushalte behandelt würden wie gewerbliche Arbeitgeber: Sie könnten die Lohnkosten von der Steuer absetzen. Dann würde es sich vielfach lohnen, die Hilfen im Haushalt regulär zu beschäftigen.

Biedenkopf: Das ist doch absurd. Der Gesetzgeber kann genau definieren, welche Tätigkeiten er freistellt und welche nicht. Das Wichtigste ist doch, dass wir nach pragmatischen Lösungen suchen, um die Leute aus der Illegalität zu holen.

SPIEGEL: Von dem Modell würden vor allem Besserverdiener profitieren, weil nur die sich eine Haushaltshilfe leisten können. Ist das gerecht?

Biedenkopf: Das Konzept käme vor allem den Arbeitslosen zugute, und das ist das Wichtigste. Wir verbauen uns in diesem Land den Weg zu vernünftigen Lösungen immer wieder durch einen geradezu paranoiden Neidkomplex. Wie ist denn die Realität? Dieselben, die den Vorschlag als Dienstmädchenprivileg verteufeln, drehen sich um und

die Grundsätze der Steuerpolitik vor, sollen alle Bürger die öffentlichen Aufgaben finanzieren, am besten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft: die Reichen mehr, die Armen weniger.

Doch die Realität sieht anders aus. Wer die komplizierten Finanztransfers und Quersubventionierungen von Steuer- und Sozialsystemen analysiert, stellt fest: Die Zeche zahlen vor allem die Beschäftigten.

Es geht schon damit los, dass der Staat seine besonders ausgaben-trächtigen Sozialsysteme organisiert hat wie internationale Fluglinien ihre Serviceleistungen, mit den Arbeitnehmern in der Holzklasse: Selbständige, Freiberufler und Spitzenverdiener dürfen sich kostengünstig privat versichern; für die Beamten kommt der Steuerzahler auf. Das Gros der Arbeitnehmer dagegen wird per Gesetz in die öffentlich-rechtlichen Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherungen gezwungen.

Das Ergebnis ist eine geradezu groteske Verzerrung des viel beschworenen Solidarprinzips. Während Großverdiener und Vermögensmillionäre vielfach gar nicht an den Kosten der sozialen Sicherung beteiligt sind, tragen die Lasten vornehmlich durchschnittlich und besser verdienende Arbeitnehmer.

Längst sind die Beschäftigten zu den Geplatteten des angeblich für sie geschaffenen Wohlfahrtsstaates geworden: Der Staat schöpft einen immer größeren Anteil seiner Einnahmen aus ihren Abgaben für Rente, Pflege und Gesundheit. So wuchs der Anteil der Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 40 Jahren von 10 auf rund 18 Prozent an. Die Steuerquote dagegen blieb im selben Zeitraum bei rund 22 Prozent konstant.

Doch die Zahlen vermitteln nur einen ersten Eindruck von der Einseitigkeit, mit der die Republik seit Jahren ihren Finanzbedarf dem Faktor Arbeit aufdrückt. In Wahrheit ist alles noch viel schlimmer: Zum einen greifen die Finanzämter einen wachsenden Anteil ihrer Steuereinnahmen ausgerechnet bei den Arbeitnehmern ab. Zum anderen hat der Staat den von Betrieben und Beschäftigten getragenen Sozialkassen jede Menge genereller Staatsaufgaben aufgebürdet, die eigentlich die Allgemeinheit tragen müsste.

Der Katalog der Fehlbuchungen hat mittlerweile einen solchen Umfang angenommen, dass nicht einmal Experten mehr den Überblick behalten. So finanzieren die Arbeitnehmer mit ihren Beiträgen zur Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung nebenbei die Schulabschlüsse von Jugendlichen ohne Lehrstelle mit, bezahlen den Radwegebau in Mecklenburg-Vorpommern, alimentieren die Entlassungswellen bei Post und Telekom oder unterstützen die deutschen Wiedergutmachungsleistungen an ukrainische Juden.

Zwar zahlt der Bund den Sozialversicherungen deshalb milliardenschwere Zu-



Politiker Biedenkopf: „Mit der Heuchelei Schliss machen“

SPIEGEL: Der Finanzminister müsste mit erheblichen Steuerausfällen rechnen.

Biedenkopf: Selbst wenn im ersten Schritt die Steuereinnahmen etwas sinken würden: Wir hätten Tausende schwarzer Jobs in legale Beschäftigungsverhältnisse verwandelt samt vollem Sozialversicherungsschutz. Der Staat gibt heute riesige Summen für Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe aus. Wenn wir die geförderten Haushaltsjobs nur zu einem geringen Teil mit Erwerbslosen besetzen, hätte sich die Maßnahme schon gelohnt – auch für den Finanzminister.

SPIEGEL: Der fürchtet einen Dammbruch: Wenn Haushaltstätigkeiten nicht versteuert werden müssen, warum soll das nicht auch für Handwerkerstunden gelten?

fragen: Kennen Sie eine Putzfrau, die bereit ist, für sechs Euro schwarz zu arbeiten? Der Vorschlag würde mit dieser Form der Heuchelei Schluss machen.

SPIEGEL: Was bringt das beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit?

Biedenkopf: Regierung und Opposition diskutieren derzeit über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und planen eine Art Beschäftigungsverpflichtung für alle. Dazu braucht man Jobs, die der Staat aber nur in sehr begrenztem Umfang schaffen kann. In den Haushalten dagegen gibt es einen riesigen Bedarf. Was liegt also näher, als die beiden Überlegungen zusammenzuführen? Wenn jemand eine bessere Idee hat, soll er sich doch melden.

Strafsteuer auf Arbeit

Abgaben auf 50 000 € Geldzufluss
im Jahr nach Einkommens-
arten; Single

Arbeitseinkommen

13 786 € Lohnsteuer/
Solidaritätszuschlag

9812 € Sozial-
versicherungsbeiträge

23 598 €

Zinsen aus Sparguthaben

Einkommensteuer/
Solidaritätszuschlag

14 461 €

Erbschaft

Erbschaftsteuer von 17%,
(nicht verwandt)

5865
€

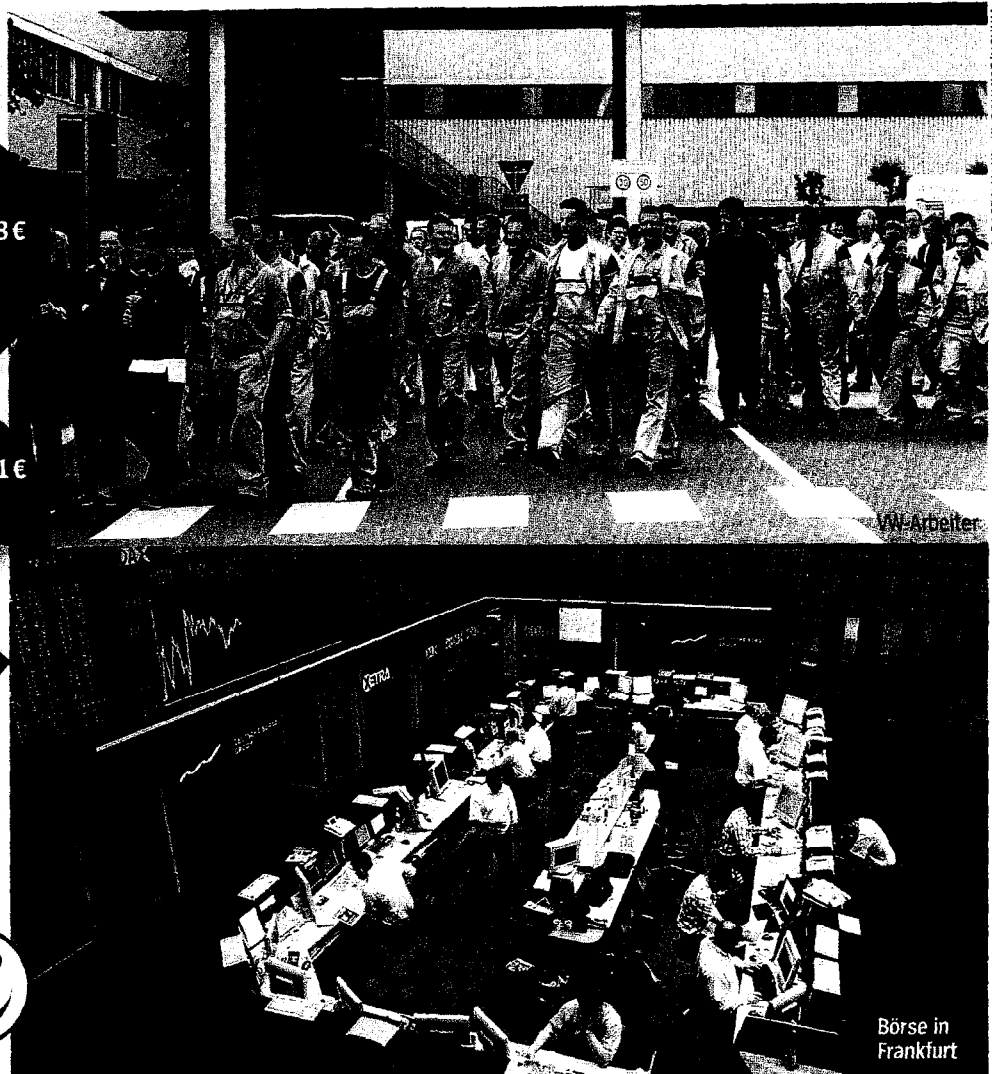
Kursgewinne aus Aktienverkäufen

Einkommensteuer bei einer
Haltedauer unter 12 Monaten

5005
€

bei einer Haltedauer
von über 12 Monaten

steuerfrei



schüsse aus Steuermitteln. Doch die Ausgleichszahlungen reichen längst nicht aus, den Katalog der Staatsaufträge an die Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung abzudecken.

Per Saldo, so hat der Bremer  konom Winfried Schmähl errechnet, addieren sich die so genannten versicherungsfremden Leistungen in den Sozialsystemen noch immer auf den gigantischen Betrag von rund 80 Milliarden Euro. Würden die Posten korrekt über Steuern finanziert, könnten die Beitragssätze sofort um mehrere Prozentpunkte sinken.

Doch daran haben die Entscheidungsträger der Republik nur m  iges Interesse. So lassen die Wirtschafts- und Sozialpolitiker zwar keine ihrer Sonntagsreden verauschen, ohne nicht wortreich sinkende Lohnnebenkosten und die Entlastung des Faktors Arbeit anzumehmen. Doch wenn es konkret wird, wälzen sie nur allzu gern staatliche Aufgaben auf die klammen gesetzlichen Versicherungssysteme ab.

Es ist einfach zu verlockend: Ständig wird Geld gebraucht, weil Interessengruppen beschenkt und Wahlversprechen eingelöst werden müssen. Doch dafür die Steuern zu erhöhen, ist denkbar unpo-

pul r. Was also liegt näher, als die Aufgaben einfach den Sozialkassen aufzubürden, für die nicht nur die Politik, sondern auch Arbeitgeber und Gewerkschaften Verantwortung tragen. Nach dieser Logik haben nahezu alle Regierungen der vergangenen 30 Jahre die Lohnnebenkosten nach oben getrieben:

- b Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, führte SPD-Arbeitsminister Walter Ahrendt 1972 die flexible Altersgrenze ein. Die Entscheidung leitete jene Fr hrentungswellen ein, die bis heute die Sozialkassen mit zweistelligen Milliardenbeträgen pro Jahr belasten.
- b Mitte der achtziger Jahre verlängerte die schwarz-gelbe Regierung die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes schrittweise von bislang 12 auf 32 Monate – anscheinend eine soziale Gro tat, in Wahrheit aber nur ein Kniff, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Seitdem erhalten mehr Jobsuchende das von den Beitragszahlern getragene Arbeitslosengeld statt der steuerfinanzierten Arbeitslosenhilfe.
- b Damit die Beschäftigung vor allem in Ostdeutschland anzieht, führte Ex-Arbeitsminister Walter Riester vor zwei

Jahren ein Programm zur „Beschäftigung schaffenden Infrastrukturförderung“ ein. Seither können Kommunen Ortsdurchfahrten oder Bürgersteige mit Mitteln der Arbeitsämter finanzieren.

Den folgenreichsten Griff in die Sozialkassen aber organisierte Alt-Kanzler Helmut Kohl. Im Hochgefühl der Deutschen Vereinigung sicherte er den Ostb rgern die nahezu vollständige Übertragung von Währung, Arbeitsrecht und Sozialsystemen zu. Den Wessis versprach er, keine Steuern zu erhöhen.

Das Ergebnis war verheerend. Als die Wirtschaft unter den Kosten der Kohlschen Angleichungspolitik zusammenbrach, wurden Millionen erwerbsloser Ostb rger in den Vorruhestand oder unproduktive Beschäftigungsmaßnahmen abgeschoben. Die Quittung wurde vornehmlich an die Arbeitnehmer in Form steigender Sozialbeiträge weitergereicht.

Die Funktionäre von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die in den Aufsichtsgremien von Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenkassen Missbrauch verhindern sollten, sahen der Zweckentfremdung tatenlos zu. Kein Wunder: Lobbyisten wie DGB-Chef Michael Sommer oder In-

dustriepräsident Michael Rogowski haben selbst oft genug bewiesen, dass sie die Versicherungen nur allzu gern für eigene Interessen einsetzen.

Kaum jemand zum Beispiel kann so bedrückt über das Ausmaß versicherungsfremder Leistungen schimpfen wie die Funktionäre der deutschen Gewerkschaften. Doch wehe, wenn irgendwo in der Republik ein Industriezweig schwächelt oder ein Konzern mit Massenentlassungen droht. Dann sind die Arbeitnehmervertreter die Ersten, die neue Beschäftigungsprogramme oder eine verbesserte Altersteilzeit fordern. Und wenn dann die Beitragssätze angehoben werden müssen, feiern ihre Spitzenfunktionäre das Schröpfen der eigenen Klientel auch noch als „Stärkung der Solidarität“.

Nicht weniger zynisch: die Arbeitgebervertreter. Unablässig fordern sie tief greifende Einschnitte ins soziale Netz – nur um tags darauf die Fortbildungs- und Lohnsubventionstöpfe der Arbeitsämter umso beherzter anzuzapfen.

Die Folgen für die Arbeitnehmer sind stets die gleichen. Die Sozialbeiträge steigen und steigen. Halb so schlimm, rufen Politiker und Gewerkschaftsführer den Geschöpften dann gern zu: Die Arbeitgeber zahlen ja die Hälfte mit. Die so genannte paritätische Finanzierung der Sozialbeiträge, so lautet das Argument, führe zu einer fairen Teilung der Sozialkosten zwischen Kapital und Arbeit.

In Wahrheit ist das vermeintliche Gerechtigkeitsprinzip nicht mehr als ein Trugbild zur Irreführung der Beschäftigten. Tatsächlich tragen die Arbeitnehmer die Last der Sozialsysteme ganz allein: Wenn der Staat zum Beispiel die Rentenbeiträge anhebt, schlägt sich das in der Unternehmensrechnung als steigender Aufwand für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversi-



Kanzler Erhard (1966): „Das Individuum stärker in die Verantwortung stellen“

cherung nieder. Will die Firma nicht auf Gewinn verzichten, müssen entweder die nächsten Lohnerhöhungen geringer ausfallen oder mehr Beschäftigte durch Maschinen ersetzt werden.

In jedem Fall wird das Unternehmen die Mehrkosten in Form niedrigerer Lohnzuwächse oder gestrichener Jobs auf die Beschäftigten abwälzen. Den Boss persönlich dagegen betreffen die steigenden Abgaben überhaupt nicht. Er ist ja privat versichert.

Um mit dem unsinnigen Märchen von der „hälftigen Finanzierung“ Schluss zu machen, empfehlen viele Ökonomen eine gleichermaßen radikale wie einfache Variante: Der Arbeitgeberbeitrag sollte als Lohnbestandteil an die Beschäftigten ausgezahlt werden.

So wurden die Arbeitnehmer nicht nur mit einem Blick auf den Gehaltszettel erkennen, wie viel Rente, Pflege und Gesundheit sie tatsächlich kosten. Es würde sich auch stärker auszahlen, etwa in der

Krankenversicherung zu möglichst günstigen Anbietern zu wechseln: Kassen, die ihre Kosten im Griff haben, hätten Vorteile. Weniger wirtschaftliche Versicherungen dagegen müssten sich etwas einfallen lassen.

Dass die Kosten für die aufgeblähten Etats von Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung in Wahrheit bei den Arbeitnehmern hängen bleiben, zeigen schon seit Jahren die volkswirtschaftlichen Statistiken. So sind die realen Bruttolöhne seit 1991 durchschnittlich um fast sechs Prozent gestiegen. Netto jedoch sind die Verdienste im gleichen Zeitraum um fast ein Prozent geschrumpft. Im Klartext: Die Arbeitnehmer sind ärmer geworden.

Zu der deprimierenden Bilanz haben nicht nur die steigenden Sozialabgaben beigetragen. Auch die Steuerlast, die doch alle Bürger gleichmäßig treffen soll, bleibt in Wahrheit vor allem an den Arbeitnehmern hängen.

Wie sollte es auch anders sein in einem System, in dem schon die Steuergrundsätze die Beschäftigten eindeutig benachteiligen. So müssen Arbeitnehmer je nach Verdienst bis zu 48,5 Prozent ihres Einkommens an den Fiskus abliefern. Für Erben oder Wertpapierbesitzer gelten dagegen andere Steuertarife – und die sind meist günstiger als die für Arbeitnehmer.

Wer zum Beispiel 50'000 Euro mit Aktienspekulationen an der Börse verdient, schneidet besonders gut ab. Er darf die Kursgewinne steuerfrei einstreichen, wenn er die Papiere länger als ein Jahr gehalten hat. Genauso großzügig behandelt das Finanzamt denjenigen, der 50'000 Euro von seinem Vater erbt. Er braucht gleichfalls nichts an den Fiskus abzuführen, weil in diesem Fall nach den geltenden Gesetzen Vermö-

Mehr als 50 Prozent gehen ab

Seit viereinhalb Jahren arbeitet Christina Redmann, 25, als Kameraassistentin für Filmproduktionen wie „Tatort“, „Bella Block“ oder „Doppelter Einsatz“. Leider verfügt sie über eine denkbar ungünstige Konstellation bei der Berechnung ihrer Steuern und Abgaben: Sie hat ein überdurchschnittlich hohes Einkommen, ist ledig, kinderlos und muss daher mit der unvorteilhaften Lohnsteuerklasse eins leben. So verdiente sie bei einer ihrer letzten Produktionen 5693,20 Euro im Monat. Davon zog die Gehaltsbuchhaltung insgesamt 2945,55 Euro für Steuern und Sozialversicherungen ab – knapp 52 Prozent. Geblieben sind ihr 2747,65 Euro. „Ich will mich nicht beschweren. Mir bleibt genug“, sagt sie. „Aber es ist schon ungerecht, dass man die Hälfte des Jahres nur für den Staat arbeiten muss. Zumal, wenn man hört, dass einige Unternehmen gar keine Steuern zahlen.“



gen bis 26 000 Euro steuerfrei hinterlassen werden können. Wer als Lediger dagegen 50 000 Euro mit ehrlicher Arbeit verdient, kann von solchen Tarifen nur träumen. Er muss auf seinen Verdienst rund 14 000 Euro Lohnsteuer inklusive Solidaritätszuschlag entrichten.

Zudem kann der Fiskus bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe so lückenlos zugreifen wie bei den Beschäftigten. Als „Quellenbesteuerung“ bezeichnen Experten das Verfahren, nach dem ein Betrieb zugleich mit dem Monatsverdienst an seine Angestellten auch die Lohnsteuer ans Finanzamt abführen muss: Ohne Umwege, ohne Ausnahmen, ohne Ermessensspielräume. Weil für Fehler zudem der Unternehmer haftet, unterliegen alle Arbeitsverdienste einer „nahezu lupenreinen Überwachung“, sagt Dieter Ondracek, Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

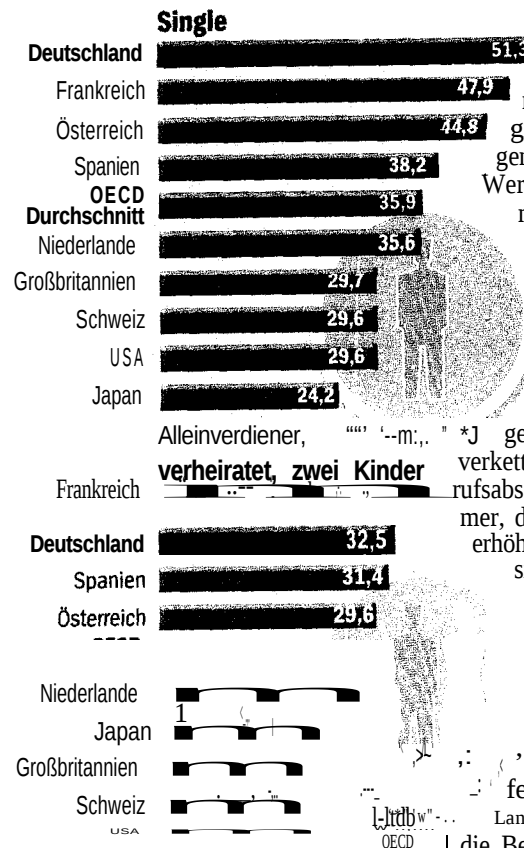
Ganz anders gehen die Finanzämter vor, wenn sie die Steuern bei Selbständigen, Kapitalbesitzern oder Rentnern eintreiben müssen. Im Grundsatz gelten natürlich dieselben Vorschriften wie bei Arbeitnehmern, doch in der Praxis bestätigt sich die alte Volksweisheit: Alle sind gleich, nur einige sind gleicher.

Freiberufler können Autos, Arbeitsräume oder Personalcomputer leicht als Betriebsausgaben absetzen. Für die meisten Arbeitnehmer dagegen ist das so gut wie ausgeschlossen. Bei Kapitalerträgen wird die so genannte Zinsabschlagsteuer fällig – aber nur mit einem Satz von 30 Prozent. Und nur, wenn das Geld bei einer deutschen Bank angelegt ist. Was in Luxemburg oder Liechtenstein im Schutz des Bankgeheimnisses geparkt wird, bleibt dem Fiskus meist verborgen.

Und auch gut situierte Rentner mit hohen Nebeneinkünften werden nur dann zur Kasse gebeten, wenn sie Mieten oder Zusatzpensionen dem Finanzamt melden. Aber wer macht das schon? Nach Expertenschätzungen führt bestenfalls die Hälfte der Rentner, die Steuern zahlen müssten, den korrekten Obolus ans Finanzamt ab.

Hohe Belastung

Steuer- und Abgabenbelastung* 2002
von **Durchschnittsverdienern**
in Prozent der Bruttoarbeitskosten



* Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie persönliche Einkommensteuer abzüglich Transferzahlungen

Welche finanziellen Folgen die Schieflage zu Lasten der Arbeitnehmer hat, zeigen Hochrechnungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Allein acht Milliarden Euro könnte der Staat danach zusätzlich einnehmen, wenn er die nichtdeklarierten Kapitalerträge im In- und Ausland korrekt erfassen würde. Stattdessen finanzieren die Arbeitnehmer einen immer größer wer-

denden Teil der Staatsausgaben aus ihren Löhnen und Gehältern. Während der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen in den vergangenen 30 Jahren um zehn Prozentpunkte gestiegen ist, hat der Anteil der Gewinn- und Unternehmenssteuern merklich abgenommen.

Die Beschäftigten sind Opfer einer Entwicklung, der auch die Regierung in Berlin nur wenig entgegensetzen kann: der Globalisierung. Wer Vermögen hat oder ein Unternehmen, kann sich heute weltweit jenes Land für seine Investitionen aussuchen, das ihm die besten Bedingungen bietet. Ein Mausklick genügt – und schon wandern gigantische Kapitalbeträge von einem Finanzplatz zum nächsten.

Die meisten Beschäftigten dagegen sind viel stärker mit ihrer Heimat verketten. Die Familie, das Haus, der Berufsabschluss, die Sprache: Ein Arbeitnehmer, der vor einer Steuer- oder Abgabenerhöhung ins Ausland flüchten will, sieht sich vielfach unüberwindlichen Hindernissen gegenüber.

Was die Ökonomen als "unterschiedliche Mobilität der Faktoren Arbeit und Kapital" bezeichnen, hat in der industrialisierten Welt ähnliche politische Konsequenzen ausgelöst: Um wertschöpfende Investitionen möglichst im Land zu halten, haben die Regierungen die Besteuerung des Faktors Kapital gelockert. Im Gegenzug griffen die meisten Länder vor allem bei den Konsumenten zu: etwa durch eine höhere Mehrwertsteuer oder durch höhere Abgaben auf Luxusgüter wie Oberklasseautos oder Schmuck. Manche Nationen belasteten auch den Faktor Arbeit – aber kaum ein anderes Industrieland tat dies so einseitig und konsequent wie Deutschland.

Was scheinbar nur die Arbeitnehmer traf, hatte in Wahrheit verheerende Folgen für die gesamte Wirtschaft. Weil die Abga-



DGB-Chef Sommer, Industriepräsident Rogowski: Der Zweckentfremdung tatenlos zusehen

ben einseitig den Faktor Arbeit belasteten, kauften die Unternehmen lieber eine neue Maschine, als zusätzliche Beschäftigte einzustellen. Und viele Arbeitnehmer fragten sich: Warum nicht lieber zu Hause bleiben, als für ein geringes Nettolohnplus sieben Stunden am Tag zu arbeiten?

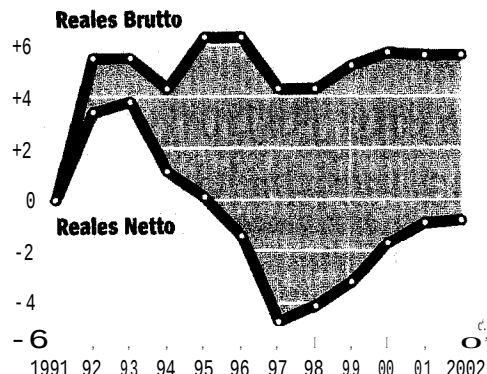
Kein Wunder, dass Deutschland inzwischen eine der schwächsten Beschäftigungsbilanzen der industrialisierten Welt aufweist. Während in Ländern wie den USA, Frankreich oder den Niederlanden in den vergangenen zehn Jahren Millionen neue Jobs entstanden sind, stagnierte die Beschäftigung in Deutschland. Lediglich 65 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind derzeit erwerbstätig, deutlich weniger als in Dänemark, Großbritannien oder der Schweiz.

Neue Jobs? Die hat in Deutschland derzeit höchstens die Schattenökonomie zu bieten. Je stärker die offizielle Wirtschaft über die Last steigender Steuern und Abgaben stöhnt, desto besser geht es jenen grauen Dienstleistungsmärkten, wo das Kürzel BAT für die Zahlungsmethode „bar auf Tasse“ steht und brutto stets gleich netto ist. Mit dem gigantischen Jahresumsatz von rund 370 Milliarden Euro ist die Schwarzarbeit inzwischen zu einem der größten Wirtschaftssektoren der Republik aufgestiegen. Würden die Geschäfte legal abgewickelt, könnten auf einen Schlag sechs Millionen reguläre Arbeitsplätze entstehen. Finanzminister Hans Eichel und Sozialministerin Ulla Schmidt wären alle Sorgen los.

Doch wenn es ums Austricksen von Steuereinfahndern und Sozialdetektiven geht, ist

Nullrunde im Schatten

Entwicklung der realen Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer gegenüber 1991 in Prozent



die Bundesrepublik im Konzert der Industrienationen nicht Schlusslicht, sondern ganz weit vorn. Während in fast allen Industrienationen der Anteil der Schwarzarbeit am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen fünf Jahren zurückgegangen ist, hat er in Deutschland von knapp 15 auf 17 Prozent zugelegt – so hat es jedenfalls der Linzer Ökonom Friedrich Schneider ermittelt.

Die Ursachen liegen für den Schwarzarbeitsforscher auf der Hand: Andere Länder hätten mit Sozialkürzungen oder Steueramnestien „viel mutiger gehandelt“, sagt Schneider. In Deutschland dagegen sei es „einfach nicht gelungen, die Lohnnebenkosten zu senken“.

Wie ein Computervirus durchsetzt die Schattenökonomie so immer größere Be-

reiche der Wirtschaft: vom Klempner, der nach Feierabend Waschbecken installiert, bis zur Erzieherin, die abends Kinder hütet, vom Lehrer, der nebenbei Nachhilfe gibt, bis zum Therapeuten, der das Honorar seiner Privatpatienten in eine separate Bar-Kasse schiebt.

War die Schattenökonomie früher eine Sache von einigen hunderttausend Feierabend-Malochern, ist sie inzwischen in ganzen Wirtschaftszweigen gängige Praxis. In Gaststätten und Hotels ist fast jeder vierte Beschäftigte nicht korrekt gemeldet, ergab jüngst eine bundesweite Razzia. Das Handwerk steuert nach Schätzungen eigener Verbandsfunktionäre fast 15 Prozent seines Umsatzes am Fiskus vorbei.

In manchen Baubranchen haben viele Betriebe sogar offiziell die Vier-Tage-Woche eingeführt – damit ihre Beschäftigten freitags unbehelligt hinzuverdienen können.

Dass sie damit gegen Recht und Gesetz verstoßen, empfinden immer weniger Deutsche als Problem. Nur die über 70-Jährigen befürworten noch mehrheitlich ein hartes Vorgehen gegen Schwarzdienstleister, bei den 14- bis 19-Jährigen sind es dagegen weniger als 30 Prozent.

Die Zahl regulärer Jobs in Deutschland entwickelt sich ebenfalls unterdurchschnittlich. So baute die deutsche Industrie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre fast fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze ab. In Neuseeland, Österreich oder Schweden ging nicht einmal ein Prozent der Industriebetriebe verloren.

Schlimmer noch: In den Wachstumssektoren der Dienstleistungswirtschaft kamen in Deutschland kaum Arbeitsplätze hinzu. In Ländern wie den Niederlanden, Finnland oder Norwegen wuchsen die Dienstleistungsstellen mit zweistelligen Raten. In Deutschland legten sie im Vergleichszeitraum um lediglich fünf Prozent zu.

Besonders ausgeprägt ist die Beschäftigungsschwäche bei jenen, die dem Abgabendruck und der Regelungswut des Sozialstaats besonders stark ausgeliefert sind: bei Geringqualifizierten, Älteren und Frauen. In kaum einem anderen Land sind die Arbeitslosenquoten in diesen Gruppen so hoch wie in Deutschland.

Für Sozialhilfeempfänger zum Beispiel wäre es in den meisten Fällen geradezu unvernünftig, einen gering entlohnten Job anzunehmen. Nach den geltenden Gesetzen nämlich müssen sie nahezu alles wieder abliefern, was sie neben der Stütze legal hinzuverdienen. Der Anreiz, einer Arbeit nachzugehen, ist entsprechend gering.

Allerdings nicht für Frank Neuhaus: Obwohl der 30-Jährige kaum mehr verdient, als ihm und seiner Familie bei lang andauernder Arbeitslosigkeit an Sozialhilfe zustünde, ist er nicht „der Typ, der einfach



Viel Stress für wenig Geld

Birgit Höse ist allein erziehende Mutter von vier Kindern; drei sind noch in der Ausbildung. Brutto verdient sie als Hebamme im öffentlichen Dienst 2900 Euro im Monat, netto bleiben ihr 1800 Euro. Die Arbeit lohnt

sich aber nur, weil sie im Schichtdienst arbeitet – und eine steuerfreie Nachtzulage bekommt. Ohne den Schicht-Bonus blieben ihr brutto nur 1700 Euro. Inklusive Kindergeld verfügt sie pro Monat über 2150 Euro – ohne Arbeit würde sie vom Sozialamt etwa 1900 Euro erhalten.



Hohe Kosten, wenig netto

Der gelernte Stahlbaumeister Jürgen Fleischmann, 34, verdient mit Zulagen 2500 Euro im Monat, seinen Arbeitgeber Alexander Brochier (r.), Chef des Nürnberger Haustechnik-Unternehmens Brochier, kostet er jedoch inklusive Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sowie zur Unfallversicherung fast 3200 Euro im Monat. Bei Fleischmann kommen davon netto nur etwa 1800 Euro an. "Der Arbeiter ist der Depp", schimpft er.

nur zu Hause bleibt". Der gelernte Einzelhandelskaufmann wird seit Juli dieses Jahres von der Firma Engros beschäftigt, einem Dortmunder Lagerbetrieb für Autzubehör. Im Monat verdient er 1478 Euro brutto. Davon kassiert seine Krankenkasse 110 Euro, die Pflegeversicherung 12,56 Euro, die Rentenversicherung 144 Euro und die Arbeitslosenversicherung 48 Euro. Lohnsteuer muss Neuhaus wegen seines geringen Verdienstes keine zahlen. „Ginge die auch noch ab, hätten wir tatsächlich weniger als das Sozialhilfeniveau“, so Neuhaus.

Am Ende bleiben ihm netto 1163,44 Euro zuzüglich Erziehungs- und Kindergeld. Von diesem Gehalt muss er seine 25-jährige Frau und ein 14 Monate altes Baby ernähren. Für die 75 Quadratmeter große Wohnung gehen monatlich 540 Euro drauf, ein uneheliches Kind bekommt rund 100 Euro Unterhalt im Monat, und Neuhaus' 15 Jahre alter Opel Kadett verschlingt fast den gleichen Betrag. „Da bleibt nicht mehr viel übrig“, klagt Neuhaus und weiß sehr wohl, dass Kosten wie Miete, Heizung oder Unterhalt, die er von seinem spärlichen Gehalt bestreiten muss, im Sozialhilfefall von den öffentlichen Kassen übernommen würden.

Einmal sogar, als er kurzzeitig arbeitslos wurde, bekam der Familienvater mit 1150

Euro fast genauso viel Arbeitslosengeld, wie er heute netto verdient. „Es ist schon skurril, dass man für 13 Euro mehr im Monat fünf Tage die Woche von früh bis spät zur Arbeit geht“, sagt Neuhaus.

Auch für viele andere Beschäftigtengruppen gilt: Arbeiten lohnt sich nicht. Für Frauen zum Beispiel, deren Mann gut verdient, schreiben die Gesetze so hohe Abgaben vor, dass bis zu 78 Prozent ihres Entgelts an den Staat abgeführt werden müssen – das kommt fast einer Enteignung gleich.

Für viele verheiratete Frauen, die eine Zeit lang aus dem Job ausgestiegen sind, um Kinder zu erziehen, wird der erste Steuerbescheid nach der Babypause nicht selten zum Schockerlebnis. Denn von ihrem Bruttogehalt gehen vielfach nicht nur die üblichen Sozialbeiträge ab, sondern auch überdurchschnittlich hohe Steuerabzüge: vor allem, weil das Ehepaar durch den Zusatzverdienst in eine höhere Steuerklasse rutscht.

Vielen Berufsrückkehrerinnen bleiben deshalb von jedem verdienten Euro oft nicht mehr als 30 Cent netto übrig. Kein Wunder, dass viele von ihnen keine Vollzeitstehe mehr übernehmen. Zum Beispiel Hannelore Neumann aus dem hessischen Dieburg. 15 Jahre lang hatte sich die ge-

lernte Industriekauffrau um den Haushalt und die drei Kinder gekümmert; ihr Mann, Dozent an einer Fachhochschule, verdiente das Geld.

Doch als sie nach der Kinderpause einen neuen Job suchte, stellte sie fest, dass sich eine „Ganztagsstelle wegen der hohen Abgaben nicht gelohnt hätte“. Seitdem arbeitet sie wöchentlich ein paar Stunden in einer Verbraucherberatung, auf Minijob-Basis. „Das ist mein Taschengeld“, sagt Neumann.

Bei älteren Arbeitnehmern, die von ihren Arbeitgebern in die Frührente abgeschoben werden sollen, ist das Weiterarbeiten meist genauso unattraktiv-wenn auch aus anderem Grund: Sie kommen mit Leistungen der Sozialkassen und Abfindungen ihrer Arbeitgeber oft genug auf Einkommen, die kaum niedriger liegen als ihre Nettoverdienste. Wozu da noch arbeiten? Warum nicht lieber gleich in Rente gehen?

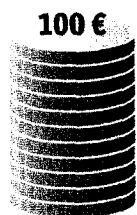
So kann es nicht weitergehen – sagen auch die deutschen Politiker. Zumindest in Wahlkampfzeiten. Als im vergangenen Jahr Unions-Kandidat Edmund Stoiber und SPD-Chef Gerhard Schröder um die Stimmen der Bürger warben, überboten sich beide mit Bekenntnissen, dass es mit dem ständigen Anstieg der Sozialkosten ein Ende haben müsse. Schröder versprach, die „Lohnnebenkosten deutlich zu senken“. Stoiber kündigte unter dem flotten Slogan "3 mal 40" gar historische Tiefstände von Steuer- und Beitragssätzen an.

Doch als die Wahl vorüber war, wollten die Kandidaten von ihren Versprechen nichts mehr wissen. Stoiber hielt größere Steuersenkungen plötzlich für unfinanzierbar. Und die neue rot-grüne Regierung erhöhte die staatlichen Abgaben. Allein die steigenden Beitragssätze und Bemessungsgrenzen in der Sozialversicherung belasteten Arbeitnehmer und Betriebe zur Jahreswende mit zehn Milliarden Euro.

Auch der anschließende Schwenk der Regierung zu zaghaften Reformen brachte bislang nur wenig durchschlagende Ergebnisse. So senkte die Minijob-Reform zwar die Sozialabgabenlast von Kleinverdienern unterhalb eines monatlichen Ein-

Deutsche Lohnkosten-Arithmetik

Eine Lohnerhöhung . . . kostet den Arbeitgeber . . . von 100€ . . .



+27,60€ Sozialversicherung Arbeitgeberanteil
+13,50€ Urlaub
+ 5,40€ bezahlte Feiertage
+ 4,10€ zusätzliches Urlaubsgeld
+ 3,90€ Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

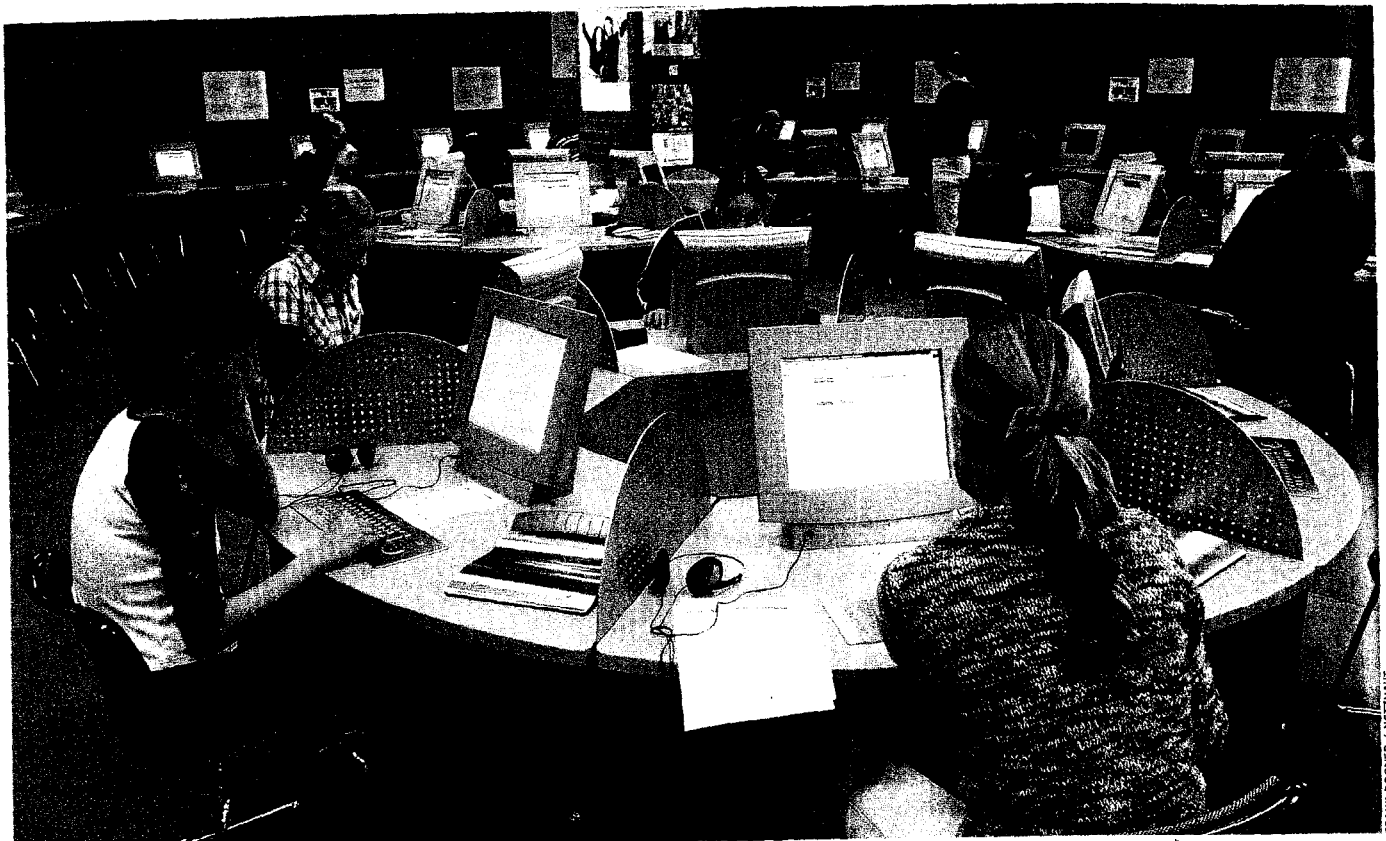


... und bringt dem Arbeitnehmer:



-306 Lohnsteuer/
Solidaritätszuschlag
-216 Sozialversicherung Arbeitnehmeranteil

*Durchschnittsverdiener



Jobsuche (im Bochumer Arbeitsamt): Warum nicht lieber zu Hause bleiben, als sieben Stunden am Tag zu arbeiten?

kommens von 800 Euro. Doch zugleich zahlen alle übrigen Arbeitnehmer drauf, wenn die Betriebe, wie zu erwarten, reguläre in staatlich geförderte Jobs umwandeln.

Und die umstrittenen Sozialkürzungen der Agenda 2010 bedeuten bestenfalls einen ersten Schritt in die richtige Richtung. So reduziert die geplante Privatisierung des Krankengeldes zwar die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber. Aber dafür zahlen die Beschäftigten umso mehr. Und die vorgesehenen Kürzungen beim Arbeitslosengeld, so räumt die Regierung ein, wirken frühestens im Jahr 2007. Bis dahin kann von Sparen also keine Rede sein.

Was nötig wäre, um den Faktor Arbeit tatsächlich zu entlasten, ist unter Ökonomen weitgehend unumstritten. Die Bürger müssen für einen Teil der Gesundheits- oder Altersvorsorge verstärkt selbst aufkommen. Und zugleich muss die Finanzierung des Staates auf eine breitere Grundlage gestellt werden:

b Damit die Lohnnebenkosten sinken, sollten die Sozialkassen vom Faktor Arbeit weitgehend abgekoppelt werden. Entsprechende Konzepte haben jüngst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (SPIEGEL 11/2003) sowie die Rürup-Kommission mit ihrem so genannten Kopfpauschalen-Modell vorgelegt.

b Um niedrig entlohnte Jobs attraktiver zu machen, müssen Sozial- und Arbeitslosenhilfe konsequent auf das Prinzip „Fördern und fordern“ umgestellt werden – nach Modellen, wie sie etwa der Münchner Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn entwickelt hat: Wer angebotene Jobs ablehnt, muss Kürzungen in Kauf

nehmen. Im Gegenzug erhalten Niedriglöhner Anspruch auf staatliche Lohnzuschüsse.

b Um den Faktor Arbeit zu entlasten, müssen die Steuersätze gesenkt und zum Ausgleich Schlupflöcher und Vergünstigungen abgebaut werden. Ein solches Modell hat schon vor Jahren der Hohenheimer Steuerprofessor Peter Bareis erarbeitet.

b Versicherungsfremde Leistungen in den Sozialkassen sollten eigens ausgewiesen

Teures Handwerk

Wie sich der Preis einer Handwerksstunde zusammensetzt; Beispielrechnung

Stundensatz inkl. MwSt. 51,04 €



und konsequent über Steuern finanziert werden. In der Arbeitslosenversicherung zum Beispiel tragen die Beitragszahler einen Großteil der Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik, von der Weiterbildung bis zur Beschäftigungsförderung. Doch der Rat vieler Ökonomen, die Maßnahmen starker über Steuern zu finanzieren, hatte bislang keine Chance.

Nicht zuletzt empfehlen viele Experten eine Maßnahme, mit der andere Länder schon seit Jahren ihren Dienstleistungssektor ankurbeln: Steuervorteile für Arbeitskräfte im Haushalt. Könnten Privatleute die Löhne für Putzhilfen, Gärtner oder Pflegekräfte wie Gewerbebetriebe vollständig von der Steuer absetzen, würde es sich vielfach lohnen, die Arbeitskräfte legal statt schwarz zu beschäftigen.

Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf brachte die Idee bereits vor Jahren in die Debatte. Heute hält er sie für aktueller denn je. „In den Haushalten gibt es ein riesiges Beschäftigungspotenzial“, sagt er (siehe Seite 102).

Nur solch durchgreifende Reformen, da sind sich die Experten einig, können die Probleme der deutschen Wirtschaft lösen: Arbeit muss sich wieder lohnen.

„Der geringe Einsatz des Faktors Arbeit“, heißt es in einer Studie der Deutschen Bank, „ist der Engpassfaktor für das deutsche Wirtschaftswachstum.“

Erst wenn dieser Engpass beseitigt ist, kann das Land wieder jene Wachstumskräfte entfalten, die nötig sind, um die Arbeitslosigkeit spürbar abzubauen.

MICHAEL SAUGA; André Anwar, Jan BERG, JANKO TTIEZ